



Mannheim/Berlin, den 05.03.2021

**Frau  
Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin**

**„Freiheitsglocke“, Nr. 819/820 – Zeitschrift der VOS e.V.**

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Widmann-Mauz,

Sie kennen die politische Situation der Personengruppe derer, die in der Zeit der Teilung Deutschlands durch Flucht und Ausreise dem SED-Regime die Stirn geboten hatten, seit vielen Jahren recht genau.

Sie werden sich einen konkreten ehemaligen DDR-Flüchtling aus Ihrem Wahlkreis erinnern, dem Sie in Ihrem Brief vom 11.06.2013 den folgenden Satz geschrieben hatten: „*Eine rentenrechtlich tragfähige Lösung für die ehemaligen DDR-Flüchtlinge zu finden, die von der Rentenüberleitung nachteilig betroffen sind, ist auch mir persönlich ein wichtiges Anliegen.*“ Dieser Mann hatte übrigens ein besonders schweres Fluchtschicksal, das damals auch durch die Printmedien gegangen ist. Sie kennen die Details.

Das ist lange her.

Seit 2018 sind Sie als Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration direkt für die Integration von Menschen verantwortlich, die im wiedervereinigten Deutschland eine neue Heimat suchen.

Die ehemaligen DDR-Flüchtlinge hatten bereits in der alten Bundesrepublik Deutschland eine neue Heimat gefunden. Ein Staatsministerium für deren Integration gab es nicht; ein solches war auch nicht notwendig. Die DDR-Altübersiedler gingen in aller Selbstverständlichkeit in der westdeutschen Solidargemeinschaft auf.

Der erkämpfte Untergang der DDR - und erst recht die deutsche Wiedervereinigung - war ein historisches Weltereignis. Für die ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreisearchtragsteller und aus politischer Haft Freigekauften, die mit ihrem mutigen Handeln für die politische und moralische Delegitimierung des SED-Regimes sorgten, hielt die Bundesregierung am Ende eine „politische Entscheidung“ parat, mit der Folge, dass deren einstige widerständige Haltung, nach der sie in der DDR gelebt hatten, zu ihren Lasten reaktiviert wurde.

Um unnötige Wiederholungen zu vermeiden, erinnern wir Sie an unsere Briefe vom 13.01.2012 und 15.02.2021, zu deren Beantwortung Sie sich bislang leider noch nicht haben entschließen können.

Das Problem ist gravierend.

Wir überreichen Ihnen hiermit das aktuelle Heft der „Freiheitsglocke“. Ab Seite 16 finden Sie eine allgemeinverständliche Darstellung des seit mehreren Legislaturperioden schwelenden Konfliktes „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte rückwirkende Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“.

In Ihrer Regierungsfunktion als Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration sind Sie für die Menschen in unserem Lande verantwortlich, deren Integration gelingen soll, wie auch für die, deren einst gelungene Integration nachträglich Schaden genommen hat und die für ihre Reintegration einschlägige Unterstützung benötigen.

Die DDR-Altübersiedler, deren einstige Integration durch die „politische Entscheidung“ der Bundesregierung nachträglich beschädigt wurde, brauchen einschlägige Unterstützung durch die Bundesregierung, damit der angerichtete Schaden geheilt oder zumindest begrenzt wird.

Der Bundeskanzlerin ist der Sachverhalt hinreichend bekannt. Wir bitten Sie, die Verantwortung anzunehmen, das Gespräch mit den Vertretern von IEDF und VOS zu suchen und sich bei der Bundeskanzlerin dafür einzusetzen, dass der Konflikt auf die Agenda der Bundesregierung kommt.

Mit freundlichem Gruß,



Felix Heinz Holtschke  
VOS-Landesvorsitzender NRW



Dr. Jürgen Holdefleiß  
Vorsitzender IEDF

Anlage:

Freiheitsglocke , 71. Jahrgang, Nr. 819/820